

p.B. 58.71 - Afrique généralités

p.B.58.01.4 - HJ/rm

Beilage zum Bulletin Nr. 39/78Vertraulich

AFRIKA ALS EIGENSTAENDIGER FAKTOR
DER INTERNATIONALEN POLITIK

Eine Analyse bisheriger
Entwicklungen und
möglicher Zukunftsaussichten

I. Allgemeines

Im Zuge der Krisen in den vergangenen Jahren, die Afrika zeitweise in den Mittelpunkt diplomatischer Aktivitäten rückten, lag das Schwergewicht der politischen Analysen oftmals auf dem Verhalten nicht-afrikanischer Mächte. Die besonderen Bedingungen auf dem Kontinent selbst, welche den Anlass für das Eingreifen von aussen gegeben hatten, wurden nur insoweit berücksichtigt, als es für das Verständnis der unmittelbaren Geschehnisse erforderlich war. Für eine Beurteilung der längerfristigen Entwicklung ist es jedoch unumgänglich, neben dem Szenario der Ost-West und Nord-Süd Beziehungen die gemeinsamen Züge der Politik in den afrikanischen Staaten vermehrt in den Vordergrund zu stellen. Dieser Aspekt wurde unter dem Eindruck des raschen sowjetisch-kubanischen Vordringens vernachlässigt.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass Afrika kaum imstande ist, mit eigenen Machtmitteln richtungsweisend auf den Verlauf internationaler Kräftefelder einzuwirken. Der Kontinent kann nur sehr beschränkt als tatkräftiger Akteur auf der politischen Bühne auftreten. Seine aktuelle Bedeutung rührt eher daher, dass er wiederum wie schon bei der Jahrhundertwende zum Ziel äusseren Strebens nach Einflussnahme wurde. Innerhalb der Vereinten Nationen und der Bewegung der blockfreien Staaten gelang es jedoch den Afrikanern, dank einem relativ breiten Konsens der 49 Länder auf dem kleinsten gemeinschaftlichen Nenner einzelne Begehren durchzusetzen, welche die Grossmächte zwangen, ihre Strategien den veränderten Umständen anzupassen. Der Druck schwarzer Delegationen in der UNO vermochte es, die Weltorganisation zum wichtigsten Forum im Ringen mit den weissen Minderheitsregierungen des südlichen Afrikas zu verwandeln, obwohl dabei bis heute kein eigentlicher Durchbruch zu verzeichnen ist. Die UNO trat allerdings bereits vorher grundsätzlich für die Entkolonialisierung ein und unterstützte somit den damals revolutionären Nationalismus einer kleinen im Westen ausgebildeten Elite.

Noch in anderer Hinsicht haben die Afrikaner mit Hilfe weiterer Länder der Dritten Welt den Charakter der UNO geprägt: beinahe alle ihre Unterorganisationen beschäftigen sich heute mit Entwicklungszusammenarbeit im umfassenden Sinne, die sich zu einem wesentlichen Teil in Afrika abwickelt. Trotzdem sind die Forderungen nach Einzug des Kontinentes als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat schwerlich einer vertieften Betrachtung wert. Ein solcher könnte leicht ähnliche Ansprüche anderer Staaten auslösen, ganz abgesehen von den Hindernissen, in der heterogenen afrikanischen Gruppe vor einer Stimmabgabe eine einheitliche Haltung zu finden.

Unabhängig von der Einschätzung der tatsächlichen Substanz der Blockfreiheit ist unbestreitbar, dass die beschleunigte Zunahme junger Staaten nach dem Weltkrieg die starre Gegenüberstellung zweier Blöcke auflockerte und eine neue Situation hervorrief. Angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsstandes und der stark voneinander abweichenden Interessen im arabischen Raum, in Asien und Südamerika gehören die Afrikaner, auch schon rein zahlenmässig, dem materiellen Kern der blockfreien Bewegung an, die sie aber augenblicklich aufgrund ihrer Verstrickung in den Ost-West Konflikt einer harten Belastungsprobe unterwerfen.

Die erwähnten Momente verdecken nicht gewisse Aehnlichkeiten der heutigen Lage mit Höhepunkten der imperialistischen Epoche. Im Vergleich dazu bestehen aber entscheidende Unterschiede: einerseits hat sich entsprechend dem Spiegelbild der globalen Machtverteilung das Gewicht und die Zahl der Gegenspieler auf dem Kontinent verändert; andererseits war Afrika früher lediglich ein Objekt eines Expansionsprozesses, dessen bestimmende Faktoren auf dem europäischen Schauplatz zu suchen waren - nun spielen die schwachen afrikanischen Staaten selbst eine aktive Rolle im Kampf um Einflusszonen. Unter Anlehnung an das Propagandaargument des Kremls sei daran erinnert, dass die sowjetisch-kubanischen Interventionen in Afrika nirgends auf einer gewaltsamen Landung von Truppen beruhten, sondern auf das Ersuchen von Regierungen oder revolutionären Organisationen hin erfolgten. Im Gegensatz etwa zur Fäschoda - oder Marokko-Krise (Panthersprung) - sind innerafrikanische Mechanismen massgeblich an der Entstehung von Konfliktsituationen beteiligt. Dies äussert sich derart, dass gewisse Probleme internationalisiert, das heisst, zwecks besserer Durchsetzung an sich begrenzter Ziele aus ihrem nationalen Rahmen gehoben werden. Dabei bilden sich Allianzen, deren Dauer keineswegs von vornherein feststeht.

In der Folge trachten fremde Mächte jeweils danach, sich bei ihren Eingriffen politische Grundsätze zunutze zu machen, die in Afrika selbst anerkannt sind, wie der Schutz der territorialen Integrität (Aethiopien, Zaire) oder die Hilfe an Befreiungsbewegungen in ihrem Einsatz gegen "Kolonialismus und Rassismus". Die Führung einer erfolgreichen Afrikapolitik ist schwieriger, da mehr und auch weniger stabile Elemente zu beachten sind.

In diesen Verhältnissen wäre für die westliche Welt hauptsächlich eine Stabilisierung oder sogar eine weitere Ausdehnung des sowjetischen Bereiches beunruhigend, unter Einschluss eines endgültigen Uebergleitens der betroffenen Volkswirtschaften in sozialistische Planungssysteme, deren nachteilige Folgen sich etwa am Beispiel von Mozambique zeigen. Ob sich eine solche Tendenz wirklich zu behaupten vermag, lässt sich nicht schlüssig beantworten. Es sind aber einzelne innerafrikanische Konstanten zu erkennen, die aussagekräftige Anhaltspunkte vermitteln. Diese werden in den kommenden Abschnitten kurz beleuchtet. Die Motivation äusserer Antagonisten - Kontrolle strategisch wichtiger Seewege von Afrika aus, Zugang zu Rohstoffen, globale Hegemonieansprüche - gelangten bei den jüngsten Konflikten ausführlich zur Erörterung, so dass sie hier nur am Rande, aber dennoch als die unabdingbaren Vorbedingungen der gegenwärtigen Auseinandersetzung erscheinen.

II. Afrika als Feld sowjetischer Einflussnahmen

Die eingangs erwähnte Tatsache, dass Afrika erst durch die Projektion seiner inneren Probleme auf die Umwelt verstärkt in das Ost-West Verhältnis einbezogen wurde, bestätigt sich bei praktisch allen sowjetisch-kubanischen Interventionen. Guineas Präsident Sekou Touré überwarf sich mit de Gaulle; mit Rücksicht auf Frankreich hielten andere westliche Länder mit der unentbehrlichen Wirtschaftshilfe zurück, so dass diese schliesslich unter dem Vorrang militärischen Beistandes aus dem Osten zu fliessen begann. Algerien lehnte sich nach den bitteren Erfahrungen des Unabhängigkeitskampfes an die Sowjetunion an, als den natürlichen Widersacher der "Imperialisten". Dagegen ist seine wirtschaftliche Verflechtung eindeutig auf den Westen ausgerichtet. Nach dem Bruch Libyens mit Aegypten von 1974 konnte Kadhafi die gewünschten Waffen einzig aus Moskau beziehen, zudem schwächte diese Allianz seine Isolation im arabischen Lager ab. Bezeichnenderweise wendet sich seine Gesellschaftstheorie aber gegen atheistische Ideologien. Aus naheliegenden Gründen versickerten die westlichen Hilfsquellen für Ugandas Diktator Idi Amin, dem es auch nicht gelang, durch radikale anti-israelische Schlagworte eine genügende arabische Hilfe zu erkaufen. Als Ausweg verblieb Amin nur die UdSSR.

Somalias einstige langjährige Bande mit der Sowjetunion lassen sich nur durch seinen Drang zur Schaffung eines Gross-Somalia erklären, da westliche Staaten wegen anderweitiger überwiegender Interessen nicht geneigt waren, den militanten Nationalismus zu unterstützen. Nach der Wahl einer sozialistischen Ordnung für Aethiopien hatte der Derg Mühe, sich die Waffenlieferungen aus den USA zu sichern - der Kreml sprang bereitwillig in diese Lücke. Die engen Beziehungen Mozambiques zu Moskau und Havanna gehen auf den der FRELIMO gewährten Beistand zurück sowie auf die besondere Lage als "Frontstaat", an deren Förderung dem Westen nichts gelegen ist. Wie Angola nur allzu eindringlich bewies, bieten die Befreiungsbewegungen wirksame Ansatzpunkte für die Sowjetunion, da Hilfe dort ent-

gegengenommen wird, wo sie den grössten Erfolg verspricht. In Australafrika liegen die Dinge ähnlich, wobei aber gewisse Organisationen, wie die SWAPO in Namibia, darauf bedacht sind, zwischen Moskau und Peking die Waage zu halten. Mangels jeglicher militärischer Unterstützung aus dem Westen entschied sich der ANC (African National Congress) in Südafrika trotz antikommunistischer Tradition für Waffen der UdSSR.

Die aufgeführten Fälle legen dar, dass überall dort eine sowjetische Präsenz zustande kam, wo sich die politischen Absichten des Kremls mit dem Bedürfnis afrikanischer Regierungen deckten, sich aufgrund des Fehlens westlicher Hilfeleistungen dem Ostblock anzunähern. Somit läge es nahe, dass beim Auseinanderfallen der heutigen Interessenkongruenz neue Verbindungen entstehen könnten. Bei den Regimen, die sich dank sowjetischem Eingreifen an der Macht halten, ist jedoch die Bewahrung der Bindung an Moskau solange erforderlich, als die innere Instabilität fortbesteht. Ein Zeugnis dafür legt Angola ab, wo FLNA und UNITA die Herrschaft der MPLA bedrohen und auf diese Weise die Anwesenheit ostdeutschen und kubanischen Militärs verlängern. Mit der Normalisierung der Beziehungen zwischen Angola und Zaire sowie mit den zunehmenden Kontakten zu den USA und der EWG zeichnet sich nun die Entwicklung ab, die zwar die Stellung der MPLA festigt, zugleich jedoch vermehrten westlichen Einfluss zulässt. Dies ist auch für andere Länder Afrikas bedeutsam, als dadurch der sowjetische Mangel an Willen und Fähigkeit zur Lösung wirtschaftlicher Probleme erhellt wird. Es wäre aber verfehlt, die Hoffnung zu hegen, einen jungen afrikanischen Staat kurzfristig durch wirtschaftliche Hilfe vom progressiven Sozialismus abbringen zu können. Zumindest in unmittelbarer Zukunft ist ein Kurswechsel im Sinne des Moskauer Détenteverständnisses wahrscheinlicher - Bewahrung des eigenen inneren Systems unter Ausnützung des technologischen Vorsprunges des Westens.

Ebenso irrtümlich wäre es, in grossem Masse mit spektakulären Vorfällen wie dem Bruch Sudans, Aegyptens und Somalias mit der Sowjetunion zu rechnen. Jene Ereignisse beruhten auf besonderen regionalen Umständen. Die schwere Hand der sowjetischen Diplomatie, die sich möglichst gefügige Regierungen zu verschaffen sucht, schliesst jedoch künftige Misserfolge ähnlicher Art keineswegs aus.

In längerer Sicht wird den inneren Strukturen der afrikanischen Staaten eine grössere Bedeutung zukommen und auch das ausserpolitische Verhalten beeinflussen. Bei der Entlassung in die Unabhängigkeit waren die eigentlichen Träger des Staatsgedankens nur in einer schmalen Elite zu finden, die auf einer anderen ideologischen Grundlage in die Funktionen der ehemaligen Kolonialverwaltung trat. Nachdem der Kampf für die Freiheit als integrierendes Element weggefallen war, gelangten die während der Kolonialzeit nicht gelösten Probleme rasch zum Ausbruch, stellten die Legitimität der politischen Führung in Frage und bildeten auf diese Weise die Voraussetzung für die zahlreichen gewaltsamen Regierungswechsel, in denen mehrheitlich Militärs, als die einzige auf nationaler Ebene organisierte Gruppe, die Herrschaft übernahmen. Dies liess sich nur dort vermeiden, wo

ausgeprägte Persönlichkeiten einen gemässigten Kurs steuerten, der die aufkeimenden sozialen Spannungen zwischen der ungeschulten Masse der Bevölkerung und der neuen beherrschenden Schicht überbrückte, sowie die überall vorhandenen Stammesgegensätze unter Kontrolle behielt. Die dabei eingeschlagenen Wege zeugen von grosser Vielfalt, sie reichen vom puritanisch autoritären Staatswesen Malawis (Präsident Banda) über die westafrikanischen Länder Senegal und Elfenbeinküste (Senghor und Houphouet Boigny) bis zum Sozialismus in Tansania (Nyerere).

Ein gemeinsames Merkmal in den verschiedenen Staaten ist die Machtfülle einer relativ kleinen Gruppe, welche die Exekutive, den Militärapparat, die Einheitspartei und die Privatwirtschaft durchdringt. Ein Afrikaner nannte dies "den Hang der Herrschaft zum Alles oder Nichts". Die eigenverantwortliche Mitgestaltung des öffentlichen Geschehens ist nur wenig verbreitet.

In welcher Richtung die künftige Entwicklung verläuft, hängt nicht unwesentlich von der Anziehung sozialistischer Gesellschaftsordnungen auf die Afrikaner ab. Die intellektuellen Leistungen schwarzer Staatsmänner, die in Gehalt und Tragweite stark voneinander abweichen - der "Consciencism" N'Krumahs, die "Négritude" Senghors, der "Ujamaa" Nyereres, der "African Socialism" Kenyattas und die "Authenticité" Mobutus -, täuschen nicht darüber hinweg, dass Afrika bis jetzt kein eigenständiges politisches System erarbeitet hat. Die Ursachen dafür sind offensichtlich: Vor der Kolonialisierung wies der Kontinent eine Vielzahl sozialer Strukturen auf, die vom leidlich funktionierenden Königreich (wie etwa Buganda) über ausgesprochen demokratisch organisierte Stämme bis hinunter zum primitiven Kleinverband alle Formen umfassten. Bei der Unabhängigkeit konnte man nicht auf geeignete afrikanische Vorbilder zurückgreifen, um die Probleme eines Entwicklungsstaates zu bewältigen. Vermischungen und Rezeption fremden Gedankengutes waren unvermeidlich. Angesichts des höheren Ranges kollektiver Werte in der vorkolonialen Epoche ist es heute keineswegs erstaunlich, dass der Begriff des "Sozialismus" einen bevorzugten Raum einnimmt.

Daraus einen grundsätzlichen Hang zum sowjetisch geprägten Marxismus-Leninismus herleiten zu wollen, entspricht nicht der Wirklichkeit. Immer wieder bricht das Bestreben durch, fremde Ideologien verwässernd den eigenen Verhältnissen anzupassen. Das individualistische Leistungs- und Gewinndenken ist beim Afrikaner zweifellos vorhanden. Die Hinwendung zur Planwirtschaft bringt mehr als in Osteuropa Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit mit sich. Am Rande sei erwähnt, dass es in Tansania, mit seinem an sich demokratisch abgestützten Sozialismus, mehr politische Gefangene gibt als im "kapitalistischen" Kenya.

Bei der Wahl einer bestimmten Gesellschaftsordnung kann also nicht von einer Zwangsläufigkeit in Richtung Kollektivismus die Rede sein. Die rund 43 erfolgreich durchgeführten Staatsstrieche seit Bestehen der OAU drücken allgemeine Instabilität und nicht einen fun-

damentalen Wandel zum Vorteil der Sowjetunion aus. Eine Gesamtbilanz zeitigt ein positives Bild zugunsten westlicher Ordnungsprinzipien. Unter den geschilderten Umständen lässt sich allerdings ermes- sen, welche Bedeutung äusseren Einflüssen zufällt, die auf staatliche Entwick- lungen einwirken.

III. Afrika und China

Chinas Präsenz war im Vergleich zur UdSSR einer stär- keren Veränderung unterworfen. Vorerst sollte Maos Prinzip, dass "die bewaffnete Machtergreifung die höchste Form der Revolution" sei, auch auf Afrika übertragen werden. Die Fehleinschätzung, es gäbe eine revo- lutionäre Situation auf dem Kontinent, führte zur chinesischen Agita- tion und Subversion in mehreren Ländern. Allein Peking verkannte die afrikanische Mentalität und erlitt schwere Rückschläge. Während der Kulturrevolution kam die chinesische Tätigkeit praktisch zum Erlie- gen. Zu Beginn der siebziger Jahre zeichnete sich eine neue Strate- gie ab, die sich pragmatisch den Bedürfnissen der Afrikaner anglich und auf die Zusammenarbeit mit den etablierten Regierungen hinzielte. Die Unterstützung von Befreiungsbewegungen (wie die Hilfe an Samora Machel in Mozambique und an die ZANU, Zimbabwe African National Union) blieben aber auch Bestandteil des neuen Konzeptes. Mit der Vertiefung der Gegensätze zu Moskau wandelte sich Afrika für China zu einem wich- tigen Feld der Rivalität mit der Sowjetunion.

Die Anpassung der chinesischen Verhaltensweise erfolg- te unter dem Druck eines afrikanischen Nationalismus, der sich ge- gen Staaten wehrte, die ihm eine politische Richtung aufdrängen woll- ten oder sich in seine inneren Angelegenheiten einmischten. Auch ein Politiker wie Nyerere, der sehr enge Beziehungen zu China unterhält (Tanzam-Eisenbahn), legt Wert auf die Feststellung, dass der tansa- nische Sozialismus eigene Wege verfolge. Die politischen und sozialen Voraussetzungen im vorrevolutionären China unterscheiden sich in der Tat wesentlich von denjenigen des heutigen Afrika. Mobutus Versuche, einzelne Züge des chinesischen Modelles auf Zaire zu übertragen, muss- ten scheitern, da sich die Bevölkerung damit nicht ansprechen liess.

Obwohl häufig eine vom Westen bereits überholte Tech- nologie angewendet wird, schätzen die Afrikaner dagegen die chinesi- sche Entwicklungshilfe, die sich unaufdringlich und wirksam vollzieht. Nach einzelnen Quellen haben offenbar die entsprechenden Leistungen Chinas in Afrika diejenigen der UdSSR deutlich überflügelt. Was Pe- king nicht zu bieten vermag, ist ein kurzfristiger, massiver militä- rischer Beistand, dank dem Moskau die bisher grössten Gewinne machte (Angola, Aethiopien).

Den Afrikanern konnte natürlich nicht entgehen, dass sich Chinas Präsenz überall dort verstärkte, wo es darum ging, sich dem Einfluss des Kremls entgegenzustemmen. Jüngste Beispiele waren Somalia nach der Abkehr von Moskau und Zaire nach der zweiten Shaba-Invasion. Die sino-sowjetische Konkurrenz ist unter anderem für die "progressiven" Staaten von Interesse, da sie ihnen gestattet, eine grössere äusserpolitische Handlungsfreiheit zu erlangen. Diese Beweggründe traten bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Libyen zu Tage, das sich als erstes Land bei diesem Vorgang nicht gleichzeitig von Taiwan löste. Taipeh seinerseits brach allerdings kurz danach mit Tripoli.

IV. Afrika und der Westen

Die anlässlich der zweiten Shaba-Invasion in Afrika wieder aufgeflamnte Diskussion über die Rolle des Westens ist keine neue Erscheinung, sondern gehört seit der Bildung eines afrikanischen Bewusstseins, das sich auch als politische Kraft versteht, zu den Hauptproblemen der schwarzen Führung. N'Krumah befürchtete eine Balkanisierung des Kontinentes und empfahl als Gegengewicht die Schaffung einer Union nach dem Vorbild der USA. Sein radikaler Panafrikanismus scheiterte an den Einzelinteressen und brachte schliesslich nur die OAU (Organisation der Einheit Afrikas) hervor. Indessen war man sich darüber einig, dass alle Zwistigkeiten unter den Mitgliedern im Sinne von "imperialistischen" Zwecken missbraucht würden. Interventionen von Frankreich und Grossbritannien legten denn auch schon kurz nach der Unabhängigkeit ein Zeugnis für dieses Risiko ab.

Die Beziehungen der Afrikaner zum sozialistischen Block verfolgen somit häufig faktische Ziele: man verhindert dadurch eine politische Abhängigkeit von einer einzigen Macht und entzieht sich einem beliebten Argument innerer Opposition, sich in der Klientel eines westlichen Staates zu befinden. Ebenso für den innenpolitischen Gebrauch lässt sich eine progressive Etikette verwenden, die man dem Kontakt mit der Sowjetunion und China abgewinnt.

In den zwei wichtigsten internationalen Anliegen Afrikas, der Entkolonisierung Australafrikas und der Umverteilung wirtschaftlichen Wohlstandes im Nord-Süd Gefälle, ist der Westen notwendigerweise die Hauptzielscheibe der Kritik, da er über die Mittel verfügt, welche die Lösung des Problemes in afrikanischem Sinne erlauben. Diese Vorwürfe, die ein unabhängiger schwarzer Denker mit "Hassliebe" charakterisierte, beschränken aber nur einen vergleichsweise beschränkten Bereich des tatsächlichen Beziehungsnetzes mit der westlichen Welt. Sie bilden zum Teil auch eine Kompensation von Frustrationen über die Unfähigkeit, afrikanische Probleme mit eigenen Kräften zu lösen. Auch zahlreiche OAU-Resolutionen zeugen davon, dass in Afrika zwischen Rhetorik und politischer Realität oft eine grosse Lücke klafft.

Eine Gesamtbeurteilung führt zum Schluss, dass Afrika trotz sowjetisch-kubanischer Expansion vorwiegend mit dem Westen verbunden bleibt. Mehrere Gründe sind dafür ausschlaggebend: Die vereinzelt während Generationen andauernde Kolonialherrschaft durchsetzte das afrikanische Geistesleben mit westlichen Werten, zudem sind die atheistischen Kategorien des Kommunismus dem Denken der Schwarzen an sich fremd, er fühlt sich eher zu Christentum und Islam hingezogen. Die Mutterländer waren bestrebt, ihre ehemaligen Kolonialgebiete nach der Unabhängigkeit nicht einfach abzukoppeln, sondern auf anderen Kanälen eine bevorzugte Stellung zu erwerben, die bestimmte Kritiker als "Neokolonialismus" bezeichnen. Besonders Frankreich verstand es, ein enges Verhältnis zu bewahren. Auch die Präsenz des einstigen "britischen Löwen", der sich in den Augen der Afrikaner zu einem zahmen Lamm verwandelte, ist in den anglophonen Ländern unübersehbar. Die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Kolonien nach dem Ersten Weltkrieg verlor, verfügt über keine derartigen Schwerpunkte, nimmt jedoch dank ihrer Wirtschaftskraft geschätzte und effiziente Aufgaben wahr. Japan, als Neuling in Afrika, schickt sich an, seiner politischen Verantwortung als ökonomische Grossmacht besser gerecht zu werden.

Die USA, welche bis gegen Ende der Kissinger-Aera Afrika hauptsächlich als ein in sich selbst verfangenes Gebilde betrachteten, in dem die früheren europäischen Kolonialmächte eine Rahmenordnung garantierten, mussten nach dem Debakel in Angola ihr Konzept überarbeiten. In der nun bald zweijährigen Amtszeit der Carter-Administration gewannen die Vereinigten Staaten ein gewisses Vertrauenskapital, das durch Gesten wie die Ernennung Youngs zum amerikanischen Vertreter bei der UNO oder durch die Entsendung schwarzer Botschafter erhärtet wurde. Damit legte sich teilweise das Misstrauen der Afrikaner, welche anfänglich die Politik Washingtons in Süd- und Mittelamerika sowie in Vietnam mit Unbehagen verfolgt hatten. Stärker als von östlicher Seite befürchtete man von den USA eine potentielle Einmischung in die eigenen Angelegenheiten.

Für den Bestand der Verknüpfung Afrikas mit dem Westen spricht weiter die Tatsache, dass der wirtschaftliche Fortschritt des Kontinentes, dem neben der unablässigen Sorge zur Bewahrung der eigenen Macht die besondere Aufmerksamkeit der einheimischen Führer gilt, vorwiegend von den Industrienationen abhängt. In diesem Zusammenhang verdeutlicht sich die starke politische Dimension der Entwicklungszusammenarbeit. Nicht zu unterschätzen ist auch der Eindruck, den die ökonomische Leistungsfähigkeit und die Kultur der freien Gesellschaft bei den Afrikanern hinterlässt.

Dieser Vorsprung des Westens ist keinesfalls eine allseitig abgesicherte Errungenschaft. Besonders in Australafrika ist es unerlässlich, die diplomatische Initiative nicht zu verlieren, um empfindlichen Rückschlägen auszuweichen. Daneben bedarf die geringe politische und wirtschaftliche Widerstandskraft der meisten afrikanischen Staaten einer fortwährenden Unterstützung.